



Presseschau vom 12.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Wie jede andere Atemwegserkrankung beobachten" – Spanien will bei COVID-19 Umdenken in Europa

In Spanien zeichnet sich ein Umdenken beim Umgang mit COVID-19 ab. Auch vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Omikron-Variante erklärte Ministerpräsident Sánchez am 10. Januar, dass es an der Zeit sei, die Situation "mit neuen Parametern" zu bewerten. <https://kurz.rt.com/2s48>

Dagmar Henn: Europa, die NATO und das Rasseln eines Säbels

Die europäische Politik hat viele wichtige Dinge nicht begriffen. Nicht die wahre Stärke der NATO und nicht, wie gefährlich die US-amerikanische Schwäche ist. In einem Moment, in dem sie alles tun sollte, den Frieden zu wahren, steht sie der US-Aggression auch noch bei. ... <https://kurz.rt.com/2s4w>

de.rt.com: MV-Werften und Bremerhavener Lloyd-Werft stellen Insolvenzanträge: Tausende Arbeitsplätze betroffen

Deutschlands Deindustrialisierung schreitet mit großen Schritten voran: Nachdem die Autoindustrie bereits zahlreiche Kapazitäten und Arbeitsplätze abgebaut hat, meldet nun der größte Industriebetrieb Mecklenburg-Vorpommerns – die MV-Werften – Insolvenz. Auch auf der Bremerhavener Lloyd-Werft scheinen die Lichter auszugehen. ...

<https://kurz.rt.com/2s3r>

Wladislaw Sankin: Gespräche zur NATO-Erweiterung: Estnischer Ex-Präsident bezeichnet russische Delegation als "Affen"

Baltische Politiker lehnen den von Russland geforderten Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung strikt ab. In ihrer Polemik mit der russischen Delegation in Genf sind sie bereit, alle Anstandsregeln fallen zu lassen. Ein Blick in ein kleines russophobes Twitter-Reservat. ...

<https://kurz.rt.com/2s3m>

Wladislaw Sankin: Die wichtigsten europäischen Verhandlungen seit Jahrzehnten – Russland ergreift Initiative

Die Positionen sind unversöhnlich, das gegenseitige Missfallen ist groß. Das Gespräch findet statt, obwohl Russland aus westlicher Sicht "frech" mit seinen Forderungen nach einer Rückabwicklung der NATO-Osterweiterung vorstößt. Es könnte zum größten diplomatischen Ereignis des Jahrzehnts werden. ...

<https://kurz.rt.com/2s5o>

Liudmila Kotlyarova: „Parlamentspoetin“: Umstrittener Vorschlag bringt für Grüne Göring-Eckardt nur Spott und Häme

Grünen-Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt hat im deutschen Parlament die Berufung einer „Parlamentspoetin“ unterstützt, um „einen neuen diskursiven Raum zwischen Parlament und lebendiger Sprache zu öffnen“. Ein weiterer Anlass für öffentliche Aufregung über die weltfremden Grünen-Politiker. ...

<https://snanews.de/20220112/parlamentspoetin-goering-eckardt-4985686.html>

abends/nachts:

snanews.de: Ukraine-Krise: Frankreich für Lösungssuche im Dialog mit Russland

Frankreich befürwortet einen Dialog mit Russland und der Ukraine, um eine Lösung für die Ukraine-Krise zu finden. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich dazu auf einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, am Dienstag in Paris geäußert.

„Wir haben die meisten unserer Diskussionen den wichtigsten internationalen Themen gewidmet – Russland und der Ukraine. Dabei verfolgen wir einen gesamteuropäischen Ansatz, der die Härte und zugleich die Aufrechterhaltung von Dialogkanälen verbindet, um eine Lösung für eine Beilegung (des Konflikts – Anm. d. Red.) zu finden“, sagte Macron. In der letzten Zeit hatte der Westen Russland „verstärkte aggressive Aktivitäten“ nahe der ukrainischen Grenze vorgeworfen. Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hegen und niemanden angreifen würde. Es würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedrohe ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen.

Moskau erklärte wiederholt, es sei keine Partei im innerukrainischen Konflikt und sei daran interessiert, dass Kiew seine politische und wirtschaftliche Krise überwindet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4902861_0:185:3073:1913_1920x0_80_0_0_a9dac8c653995112f1de4a11fbdd11b9.jpg

de.rt.com: **Südkorea: "Nordkoreas Raketentests bedrohen den Frieden"**

Seoul hat Pjöngjang aufgefordert, zum Dialog zurückzukehren, nachdem Nordkorea Berichten zufolge eine zweite ballistische Rakete innerhalb von sechs Tagen abgefeuert hat. Die Verhandlungen zur Begrenzung von Pjöngjangs Raketenprogramm sind 2019 ins Stocken geraten.

Nordkoreas Raketenstarts "stellen eine erhebliche Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit nicht nur auf der koreanischen Halbinsel, sondern auch in der Welt dar und sind beim Abbau militärischer Spannungen nicht hilfreich", so Südkoreas Generalstab (JCS). Der Nationale Sicherheitsrat (NSC) des südkoreanischen Präsidenten brachte sein "starkes Bedauern" über die Entwicklung zum Ausdruck und erklärte, dass der Start "zu einer Zeit stattfand, in der politische Stabilität sehr wichtig ist". Das Gremium trat am Dienstagmorgen zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen und forderte den Norden zur "Wiederaufnahme des Dialogs und der Zusammenarbeit" im Interesse des Friedens in der Region auf.

Wie der JCS berichtete, hat Pjöngjang am Dienstag eine "vermutlich ballistische Rakete" in Richtung Japanisches Meer (in Korea als Ostmeer bekannt) abgefeuert. Auch das US-Kommando für den Indopazifik registrierte den Start.

Bei dem Test handelte es sich vermutlich um den zweiten Raketenstart Nordkoreas innerhalb von sechs Tagen. Nach Angaben des Generalstabes habe sich die Leistung der am Dienstag abgefeuerten Rakete im Vergleich zu dem am 5. Januar abgefeuerten Projektil gesteigert.

Nordkorea hat sich bisher nicht zu diesem Thema geäußert. Die Gespräche über das nordkoreanische Raketenprogramm sind nach dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un in Hanoi, Vietnam, im Jahr 2019 praktisch zum Stillstand gekommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd88e9b480cc6c160bed45.jpg>

snanews.de: **Ungarns Solidarität mit Tokajew ein Kritikpunkt für tschechische Politik**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat am Montag in einem Telefongespräch mit dem kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew seine Solidarität bekundet. Dieses Vorgehen ist von einigen tschechischen Politikern heftig verurteilt worden.

In dem Gespräch mit Tokajew soll Orbán außerdem Hilfe angeboten und sein Beileid anlässlich der vielen Todesopfer zum Ausdruck gebracht haben. „Ministerpräsident Orbán hat mit Präsident Tokajew telefoniert und ihm Solidarität und Bedauern über die vielen Verluste versichert“, sagte Orbáns Außenminister Peter Szijjártó am Montag laut Reuters.

Die tschechische Parlamentspräsidentin Markéta Pekarová Adamová und der tschechische Außenminister Jan Lipavský haben auf diese Nachricht kritisch reagiert. Laut Pekarová Adamová hat der ungarische Ministerpräsident durch seine Solidarität mit Tokajew die Schüsse auf Zivilisten unterstützt.

„Viktor Orbán hat de facto die Erschießung von Bürgern Kasachstans unterstützt (...) Ungarn ist nicht nur Viktor Orbán, es gibt viele Bürger, die solche Aussagen hinterfragen. Ich unterstütze sie und werde sie immer unterstützen“, schrieb Pekarová Adamová auf Twitter am Montag.

„Ein Präsident, der ohne Vorwarnung den Befehl gibt, Zivilisten zu erschießen, braucht keine Solidarität. Unsere Solidarität gehört dem kasachischen Volk“, twitterte Lipavský seinerseits. Der EU-Abgeordnete der Tschechischen Republik, der ehemalige Außenminister und Verteidigungsminister Alexander Vondra, äußerte wiederum die Meinung, dass es in diesem Fall nicht darum gehe, dass Orbán angeblich die Schüsse auf Menschen in Kasachstan unterstützt habe.

„Soweit ich weiß, haben die Behörden Kasachstans ihnen (Ungarn) geholfen, ungarische Staatsbürger aus Kasachstan zu evakuieren, die dort festsitzen, und Premierminister Viktor Orbán bedankte sich telefonisch dafür und drückte dem Präsidenten Kasachstans sein Beileid im Zusammenhang mit den Ereignissen aus“, so Vondra am Dienstag in einem Interview mit dem tschechischen Fernsehen.

Orbán ist bisher der erste EU-Politiker, der sich an die Seite Tokajews stellt. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/09/4627798_0:0:3040:1711_1920x0_80_0_0_35a9456fe037b43b8e6c0b749dca8df6.jpg

de.rt.com: **Indien testet Überschall-Marschflugkörper BrahMos vom Zerstörer Visakhapatnam aus**

Die indische Organisation für Verteidigungsforschung und -entwicklung hat vom Zerstörer Visakhapatnam an der Westküste Indiens aus einen Überschall-Marschflugkörper vom Typ BrahMos getestet. Nach ihren Angaben traf die Rakete genau ihr beabsichtigtes Ziel. Indien hat am Dienstag eine verbesserte schiffsgestützte Version des Überschall-Marschflugkörpers BrahMos für die indische Marine getestet. Dies teilte die indische Organisation für Verteidigungsforschung und -entwicklung (DRDO) auf Twitter mit. Die Behörde erklärte:

"Eine verbesserte schiffsgestützte Version des Überschall-Marschflugkörpers BrahMos wurde heute vom Zerstörer Visakhapatnam aus gestartet. Die Rakete hat ihr Ziel genau getroffen."

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Raketentest an der Westküste Indiens stattfand.

Anfang Dezember hatte Indien erfolgreich eine Luftversion von BrahMos getestet, die von einem Su-30MKI-Kampfflugzeug auf dem Schießplatz Chandipur im östlichen Bundesstaat Odisha gestartet wurde.

Der Überschall-Marschflugkörper wird vom russisch-indischen Gemeinschaftsunternehmen BrahMos Aerospace hergestellt. Es wurde von der russischen Wissenschafts- und Produktionsvereinigung NPO Maschinostrojenija und der DRDO entwickelt. Der erste Teststart fand im Jahr 2001 statt. Verschiedene Versionen des Flugkörpers sind bei allen drei Waffengattungen der indischen Streitkräfte im Einsatz: Luftwaffe, Marine und Heer.

Der neueste Raketenzerstörer Visakhapatnam wurde im vergangenen November an die indische Marine übergeben. Visakhapatnam ist mit 16 BrahMos-Überschall-Marschflugkörpern zur Schiffsabwehr bewaffnet.

Der indische Verteidigungsminister Rajnath Singh hatte zuvor erklärt, die BrahMos-Rakete, die nach den indischen und russischen Flüssen Brahmaputra und Moskwa benannt ist, sei ein Symbol für die strategische Partnerschaft zwischen Russland und Indien. Singh betonte, dass die BrahMos-Rakete die Fähigkeit der indischen Streitkräfte verbessert, Bedrohungen abzuwehren, und den militärischen Status des Landes auf ein internationales Niveau heben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ddcf3fb480cc138e6465d2.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Der Pandemie zum Trotz: Russland und China stellen neuen Rekord im bilateralen Handel auf

Trotz der pandemiebedingt eingeschränkten Logistik hat der Handelsumsatz zwischen Russland und China im Jahr 2021 das vorpandemische Niveau überschritten. Laut dem Handelsvertreter Moskaus in Peking wurden beim Warenaustausch neue Rekorde erzielt. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte der russische Handelsvertreter in China Aleksei Dachnowski, dass laut chinesischen Statistiken das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres bereits 130 Milliarden US-Dollar überschritten hat und dass die Gesamtsumme des Jahres wahrscheinlich mehr als 140 Milliarden US-Dollar betragen wird.

Dachnowski zufolge ist dies auf den Anstieg der Preise für Energie und Nichteisenmetalle sowie auf die Zunahme der Kohlelieferungen an das östliche Nachbarland Russlands zurückzuführen. Er wies darauf hin, dass das bisherige Allzeithoch im Jahr 2019 erreicht wurde, als der bilaterale Handelsumsatz bei 111 Milliarden US-Dollar lag. Der Vertreter erklärte:

"Wir hoffen, dass wir im Jahr 2022, wenn die Pandemie abklingt, einen neuen Rekord erreichen werden. Wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, dürften wir bis 2024 das von den Staats- und Regierungschefs unserer beiden Länder gesetzte Ziel von 200 Milliarden US-Dollar erreichen."

Die Äußerungen des Gesandten kommen zu einem Zeitpunkt, an dem Moskau und Peking angesichts der zunehmenden Streitigkeiten mit dem Westen ihre bilateralen Beziehungen aufwerten.

In einer Neujahrsbotschaft an seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin erklärte der chinesische Präsident Xi Jinping, dass im vergangenen Jahr das "bilaterale Handelsvolumen einen neuen Höchststand erreicht hat und wichtige strategische Projekte in den Bereichen Energie und Raumfahrt beschleunigt wurden".

Auf seiner Jahrespressekonferenz sagte der russische Staatschef vor Journalisten, die beiden Staaten hätten "sehr vertrauensvolle Beziehungen, die auch beim Aufbau guter Geschäftsbeziehungen helfen". Putin fügte hinzu, dass die beiden Länder auch gemeinsam bestimmte Hightech-Waffen entwickeln würden.

Ende November wies Igor Setschin, der Chef des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft, darauf hin, Moskau und Peking hätten "einen historischen Erfolg bei der Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit und der Stärkung umfassender Beziehungen erzielt". Die

Industrie schaffe die Grundlage für einen weiteren Ausbau des Handels, so Setschin.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2022.01/article/61dd535c48fbef18515198f5.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. Januar 2022 wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo, Kalinowka, Molodjoshnoje und Golubowskoje wurden mit Mörsern des Kalibers 82mm (12 Geschosse), Granatwerfern (8 Granaten) und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

de.rtr.de: **Europäische Arzneimittel-Agentur bewertet klinische Sputnik-V-Studien positiv**

Die Europäische Arzneimittel-Agentur hat eine positive Stellungnahme zur Produktion von Sputnik V abgegeben. Dies teilte Denis Logunow vom Gamaleja-Zentrum mit. Er wies darauf hin, dass die Harmonisierung russischer Produktionsstandards mit denen der EMA im Gange ist.

Experten der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) haben das Verfahren der klinischen Prüfung des Impfstoffs gegen das Coronavirus Sputnik V positiv bewertet. Dies gab Denis Logunow, stellvertretender Direktor des Gamaleja-Zentrums, das das Medikament entwickelt hat, am Dienstag bekannt. Auf dem YouTube-Kanal "SolovievLive" sagte er:

"Dies ist der Teil der Arbeit, bei dem es um die Anerkennung von Produktionsstandards geht, um die Anerkennung der Art und Weise, wie klinische Prüfungen durchgeführt wurden, dies ist der Teil, zu dem die EMA bereits gekommen ist und zu dem wir keine kritischen Anmerkungen haben. Zur Durchführung klinischer Prüfungen haben wir eine positive Stellungnahme erhalten."

Laut Logunow ist das Gamaleja-Zentrum nun dabei, die Standards für die Impfstoffproduktion mit der EMA zu harmonisieren. Er wies darauf hin, dass die Produktionsstandards in Europa, China und Russland miteinander harmonisiert werden müssen. Logunow fügte hinzu:

"Es ist ein solcher Prozess, und ich hoffe wirklich, dass wir ihn in absehbarer Zeit, in ein paar Monaten, abschließen können."

Im Oktober 2020 hatte der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die beschleunigte Registrierung und Requalifizierung von Sputnik V beantragt. Im Januar hatte der Fonds die Zulassung von Sputnik V bei der EMA beantragt.

Im Juli letzten Jahres zitierte die Nachrichtenagentur Reuters Quellen, die über die Gründe für die Verzögerung des EMA-Zulassungsverfahrens für Sputnik V schrieben. Der Agentur zufolge hatte der Projektträger nicht die erforderlichen Daten über die Übereinstimmung der Master Cell Bank mit einer der EU-Verordnungen vorgelegt. Die Inspektoren hatten Fragen zur Berichterstattung über unerwünschte Wirkungen nach der Impfung während der Versuche – es war nicht klar, wie die Wissenschaftler die Ergebnisse bei denjenigen überwacht hatten, die ein Placebo erhalten hatten. Unzureichende Daten hätten das Genehmigungsverfahren für Sputnik V ins Stocken gebracht, berichtete die Agentur.

Der RDIF antwortete, der Artikel enthalte grobe Fehler und falsche Fakten. Der Fonds ist auch der Ansicht, dass das russische Medikament unter dem Druck der internationalen Pharmalobby steht. Im Oktober hatte Reuters unter Berufung auf vertrauenswürdige Quellen geschrieben, dass die EMA die Verwendung von Sputnik V im ersten Quartal dieses Jahres genehmigen könnte.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ddb81048fbef14cf7b01f4.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. Januar 3:00 Uhr bis 12. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK sieben Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Wesjoloje, Alexandrowka, Nowolaspa, Kominternowo**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 29.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Untergräbt Sicherheitsgespräche: Moskau ruft USA zum Verzicht auf aggressive Rhetorik auf

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat hochrangige US-Beamte aufgefordert, von der aggressiven und anklagenden Rhetorik gegenüber Moskau abzusehen. Denn ihm zufolge trägt sie nicht zu einer konstruktiven Atmosphäre bei den Sicherheits-Verhandlungen bei.

Der Botschafter reagierte damit auf die jüngste Äußerung der hochrangigen US-Außenpolitikerin Victoria Nuland. Sie hatte auf einer Pressekonferenz am 11. Januar Russland alleine für die Krise in der Ukraine verantwortlich gemacht. Laut dem russischen Diplomaten muss man heutzutage besondere Zurückhaltung und Präzision in der Wortwahl walten lassen. „Wir brauchen konkrete Handlungen der US-Seite, keine Desinformation und Vorwürfe, alle Sünden begangen zu haben“, sagte Antonow, dessen Worte die russische Botschaft in den USA auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte.

„Es ist an der Zeit, von der Politik der Ermutigung der faschistischen Schläger, die in Kiew unterwegs sind, abzusehen. Die Geschichte verzeiht keine Fehler.“ Moskau habe seine Prioritäten klar und deutlich umrissen.

„Wir warten nicht auf demagogische Äußerungen, sondern auf schriftliche Antworten auf konkrete russische Vorschläge. Wir sind für eine Entspannung und für die Schaffung einer normalen Atmosphäre im Sinne einer beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit“, sagte Antonow.

Russland habe keinen Rückzugsort. Die Nato sei bis zu den russischen Grenzen vorgedrungen und versuche, nicht nur an Land, sondern auch auf See und in der Luft zu dominieren. „Wir werden keine Entwicklungen zulassen, die die Unabhängigkeit und Souveränität der Russischen Föderation untergraben würden. Wir lehnen die provokativen Äußerungen hochrangiger US-amerikanischer Beamter kategorisch ab, die darauf abzielen, den Verhandlungsprozess zwischen Washington und Moskau zu torpedieren“, schloss der Botschafter.

Die USA und Russland tragen eine besondere Verantwortung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit. Dies sei in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben. „Es ist an der Zeit, die aggressive Rhetorik der außenpolitischen Expansion aufzugeben und darüber nachzudenken, wie zukünftige Generationen zusammenleben werden. Dafür muss nur Weniges getan werden – man muss den Nachbarn respektieren, anstatt ihm zu drohen und sein militärisches Potenzial von den russischen Grenzen entfernen.“ Russland und die USA hatten am Sonntag und Montag in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen durchgeführt. Am Mittwoch tritt der Nato-Russland-Rat in Brüssel zu einer Sitzung zusammen. Darüber hinaus sind Konsultationen im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Wien einberufen worden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0c/4975399_0:0:2699:1518_1920x0_80_0_0_7f5a4ec6a400ccf0f7784fcfe62707f7.jpg

de.rt.com: **Umfrage: Vertrauen der Ostdeutschen in staatliche Institutionen geht massiv zurück**

Deutsche haben immer weniger Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen. Besonders im Osten. Neben dem beständigen Misstrauen gegenüber Presse und Fernsehen

haben dort zuletzt die Polizei und das Bundesverfassungsgericht massiv an Zustimmung verloren.

Corona-Krise und die Folgen? Das Vertrauen der Deutschen in die gesellschaftlichen Institutionen sinkt, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für das RTL/ntv-Trendbarometer für den Jahreswechsel 2021/22 [ergab](#). Besonders die Ostdeutschen sorgten für schlechte Umfragewerte.

Abgefragt wurde unter anderen, in welche gesellschaftlichen Institutionen die Bundesbürger "großes Vertrauen" haben. Insgesamt 87 Prozent sagten dies über die Ärzteschaft. Auf Platz zwei folgte die Polizei mit 79 Prozent, einem Prozentpunkt weniger als vor einem Jahr. Den stärksten Vertrauensverlust verzeichneten mit jeweils minus fünf Punkten das Bundesverfassungsgericht, Gerichte generell sowie das Fernsehen.

Das Vertrauen in Meinungsforschungsinstitute, Radio und Presse sank um jeweils drei Punkte. Nur ein kleiner Verlust von einem Punkt ergab sich im Vergleich zum Vorjahr beim Vertrauen zur Polizei und zu den Universitäten. Auch mit Blick auf die politischen Institutionen hat das Trendbarometer ein gesunkenes Vertrauen gemessen.

Im Osten sieht das Bild deutlich anders aus als im Bundesdurchschnitt. Hier litt vor allem der Ruf des Bundesverfassungsgerichts. Während ihm im Westen noch immer 76 Prozent der Befragten "großes Vertrauen" entgegenbringen, stürzte das Gericht im Osten im Vergleich auf 55 Punkte ab. Darauf folgt mit einem Unterschied von 18 Zählern jeweils das Radio (57 im Westen, 39 im Osten) sowie andere Gerichte (70 beziehungsweise 52). Mit 48 Prozent vertraut der Presse im Westen nicht einmal mehr jeder Zweite, im Osten sind es sogar nur 32 Prozent. Bei der Bundeswehr sind es im Westen 56, im Osten 44 von Hundert Bürgern. Schlusslicht bleibt das Fernsehen: Im Westen sind davon noch 33 Prozent überzeugt, im Osten nur noch 27 Prozent.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ddfe4b48fbef15a561a8f1.jpg>

de.rt.com: "**Intensive Kampfhandlungen**" – Armenien meldet drei getötete Soldaten an Grenze zu Aserbaidschan

An der armenisch-aserbaidschanischen Grenze sind erneut Schüsse gefallen. Die Regierung in Jerewan sprach zuletzt von drei getöteten Soldaten. Die Regierung in Baku meldete bislang einen Toten. Beide Konfliktseiten warfen sich gegenseitig Provokationen vor.

Das armenische Verteidigungsministerium hat am 12. Januar mitgeteilt, dass bei einem Beschuss an der Grenze zu Aserbaidschan am Dienstag insgesamt drei armenische Soldaten getötet worden seien. Zwei weitere Armeeangehörige hätten Verletzungen erlitten. Sie befänden sich mittlerweile außer Lebensgefahr.

In der Mitteilung der Militärbehörde in Jerewan war die Rede von "intensiven

Kampfhandlungen", die nach einer Provokation der gegnerischen Seite begonnen hätten. Das aserbaidsschanische Militär habe Artillerie und Drohnen eingesetzt.

Am 11. Januar hatte das Verteidigungsministerium in Baku seinerseits von einem getöteten aserbaidsschanischen Soldaten berichtet. Man habe auf die Provokation der armenischen Seite adäquat reagiert. Dabei wies die Behörde Behauptungen über den Einsatz von Artillerie und Drohnen zurück. Die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation liege bei der militärisch-politischen Führung Armeniens, hieß es.

Am Mittwochmorgen teilte die aserbaidsschanische Behörde mit, die armenischen Streitkräfte hätten die Stellungen der aserbaidsschanischen Armee im Grenzgebiet auch in der Nacht zum 12. Januar unter Beschuss genommen. Man habe das feindliche Feuer mit Gegenmaßnahmen niedergehalten. Es gebe weder Tote noch Verletzte. Die Situation sei derzeit stabil.

Die Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sind äußerst angespannt. Die beiden ehemaligen Sowjetrepubliken streiten um die Region Bergkarabach. Der Konflikt geht auf das Jahr 1988 zurück, als das Autonome Gebiet Bergkarabach mit überwiegend armenischer Bevölkerung ihre Loslösung von Aserbaidschan angekündigt hatte. Im Laufe der bewaffneten Auseinandersetzungen, die von 1992 bis 1994 dauerten, verlor Baku die Kontrolle über Bergkarabach und sieben Anrainergebiete. Im Jahr 1994 unterzeichneten Aserbaidschan, Armenien und die Republik Bergkarabach unter Vermittlung der Russischen Föderation ein Protokoll über einen Waffenstillstand.

Trotzdem kam es wiederholt zu Kampfhandlungen, zuletzt eskalierte der Konflikt am 27. September 2020. Die neuen Kämpfe dauerten bis zum 9. November 2020. In dem Zeitraum kamen auf beiden Seiten mehr als 4.700 Menschen ums Leben – die meisten davon Soldaten. In der Nacht zum 10. Oktober 2020 einigten sich die Konfliktparteien unter der Vermittlung Russlands auf eine Waffenruhe. Im Rahmen des Abkommens musste Armenien mehrere Gebiete in der umstrittenen Region an Aserbaidschan abtreten. Für die Einhaltung der Waffenruhe wurden in der Region 2.000 russische Friedenssoldaten stationiert.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61de871d48fbef15ae4462c6.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 12. Januar um 9:00 Uhr 21.784 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

350 Personen sind derzeit erkrankt, 18.329 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3105 Todesfälle.

de.rtt.com: **Taliban trafen sich in Teheran mit Anführern von Anti-Taliban-Widerstandgruppen**

Durch Vermittlung Irans kamen die Taliban und die Anführer der sogenannten Anti-Taliban-

Widerstandsfront in Teheran zusammen, um eine politische Annäherung anzustreben. Der Taliban-Außenminister soll sich über interne Streitigkeiten innerhalb der Taliban-Gruppierungen beklagt haben.

Eine Delegation unter der Leitung des Außenministers der Taliban Amir Chan Muttaqi traf am Sonntag den iranischen Außenminister Hossein Amir-Abdollahian in Teheran. Der Außenminister der in Afghanistan regierenden Taliban traf Berichten zufolge im Nachbarland Iran den Anführer der sogenannten Anti-Taliban-Widerstandsfront. Muttaqi versicherte angeblich bei dem Treffen mit Ahmad Massoud und Ismail Khan vom Pandschschir-Widerstand, der selbsternannten Nationalen Widerstandsfront von Afghanistan (NRF), dass diese "unbesorgt" nach Afghanistan zurückkehren könnten, teilte Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid am Montag auf Twitter mit. Vonseiten des NRF gibt es bislang keinen offiziellen Kommentar zu dem Treffen.

Der Schritt der Taliban, eine Delegation nach Iran zu schicken, um ihre bewaffneten inländischen Gegner zu treffen, war bahnbrechend. Ein Teilnehmer von der Widerstandsfront sagte, die Atmosphäre bei den Gesprächen, die am Samstag und Sonntag stattfanden, deute auf "Flexibilität" seitens der Taliban-Beamten hin. Das berichtete die Washington Post am Montag. Mit diesem Schritt signalisieren die Taliban den Wunsch, sich mit den Schlüsselfiguren der Widerstandsfront zu versöhnen, um damit die Gefahr der Ausbreitung von bewaffneten Oppositionsgruppen in Afghanistan zu dämpfen, meinte in Washington, D.C. der Nahost-Experte Michael Kugelman.

Der Sprecher der Widerstandsfront Sigbatullah Ahmadi sagte jedoch, hinter dem Taliban-Vorhaben würden andere Motive stecken, zum Beispiel der Versuch, die offizielle Anerkennung seitens der Regierung in Teheran zu erlangen und dafür interne Spannungen zwischen gemäßigten und radikalen Fraktionen innerhalb ihrer eigenen Führung aufzulösen. Der Taliban-Außenminister soll sich in Teheran über interne Streitigkeiten innerhalb der Taliban-Gruppierungen beklagt haben. Das berichtet der persische Ableger der BBC. Hier handelt sich um das Haqqani-Netzwerk, das allgemein als Teil der Taliban angesehen wird, aber politisch weniger Kompromissbereitschaft zeigt. Das Haqqani-Netzwerk ist in den USA als "terroristische Gruppierung" eingestuft. Dieser mächtigen Gruppe innerhalb der Taliban-Gruppierung werden enge Beziehungen zum Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) des Nachbarlandes Pakistan nachgesagt.

Die Haqqani-Familie stammt aus einer Region Südost-Afghanistans, in der die Taliban nicht sehr stark sind. Sie haben es jedoch den Taliban ermöglicht, in eine weitere wichtige Großregion Afghanistans einzudringen. Die Haqqanis agierten als relativ autonomer Flügel der Taliban, da sie unter anderem über eigene Beziehungen zu arabischen Ländern sowie auch zu al-Qaida verfügen.

Innerhalb von Iran gibt es immer noch Differenzen im Umgang mit den Taliban. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums Saeed Khatibzadeh sagte, die hochrangigen Gespräche mit Vertretern der Taliban am Sonntag seien "positiv" gewesen, aber Iran sei immer noch "nicht an dem Punkt angelangt, die Taliban offiziell anzuerkennen". "Der aktuelle Zustand Afghanistans ist ein großes Problem für die Islamische Republik Iran und der Besuch der afghanischen Delegation erfolgte im Rahmen dieser Bedenken", fügte er in einer Pressekonferenz am Montag hinzu.

Ahmad Massoud – Sohn des "Löwen von Pandschschir" – und andere Anti-Taliban-Figuren flohen nach der Machtübernahme der Taliban ins Ausland, vor allem nach Tadschikistan, in die Türkei oder nach Iran. Massoud ist der Sohn des 2001 getöteten afghanischen Kriegsherrn und Taliban-Gegners Ahmad Schah Massoud. Dieser führte in den 1990er Jahren den Widerstand gegen die damalige Taliban-Führung im Pandschschir-Tal an. Milizen der NRF sind Berichten zufolge weiterhin in den Bergen Pandschschirs und im nahegelegenen Bezirk Andarab der Provinz Baglan aktiv. Die NRF fordert eine politische Teilhabe aller ethnischen Minderheiten in der neuen Regierung sowie Frauenrechte und Wahlen in Afghanistan.



<https://cdn.rti.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd69edb480cc5a696b91f0.jpg>

Mzdnr.ru: Am 11. Januar wurden in der DVR 1626 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 213 positiv, bei 52 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 61 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, genauso viele wie am vorangegangenen Tag. Davon wurden 47 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 692 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 559 mit Sauerstoffunterstützung (+12 in den letzten 24 Stunden).

Am 12. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 119.807 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2048 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 108.412 als gesund entlassen, es gibt 9347 Todesfälle.

snanews.de: **Sicherheitskräfte in Almaty nehmen 1700 Teilnehmer von Massenunruhen fest**

In der kasachischen Millionenstadt Almaty sind in den zurückliegenden 24 Stunden rund 1700 Teilnehmer der Massenunruhen festgenommen worden, wie die Pressestelle der Stadtkommandantur am Mittwoch mitteilte.

„Insgesamt wurden 1678 Teilnehmer illegaler Aktionen, Plünderungen und anderer Verbrechen inhaftiert. Beschlagnahmt wurden 36 Einheiten Schusswaffen und 1476 Schuss Munition“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Kasachische Sicherheitskräfte hätten die Stadtbezirke Alatauski und Medeuski von „den Banditen befreit“.

„An fünf Kontrollposten, die entlang der Randlinie der Stadt aufgestellt worden waren, wurden 38 Menschen, die von operativem Interesse sind, aufgehalten“, heißt es weiter.

Insgesamt seien 136 Meldungen von Bürgern, die eine operative Reaktion benötigt hätten, in einem Callcenter der Kommandantur eingegangen und weitere 881 bei der Notrufnummer 102. Alle Meldungen seien bearbeitet worden.

Kasachstans Premier nennt Aufgabe der neuen Regierung

Indes hat der kasachische Premier, Alishan Smailow, in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts dessen Aufgabe erläutert.

„Liebe Regierungsmitglieder, wir müssen das hohe Vertrauen des Staatsoberhauptes in diesem für das ganze Land schwierigen Moment zurückgeben. Die neue Regierung muss sich größte Mühe geben, um die vom Präsidenten gestellten Aufgaben, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung abzielen, zu erfüllen, um das Wirtschaftswachstum beizubehalten, der Pandemie zu widerstehen, den von Terroristen und Plünderern verursachten immensen Schaden zu beseitigen und das Land aus einer großangelegten Krise

hinauszuführen“, sagte Smailow zu Beginn der Sitzung.

„Von unserer Arbeit erwarten wir reale Ergebnisse“, sagte er im Anschluss.

Am 5. Januar hatte der kasachische Präsident, Kasim-Schomart Tokajew, ein Dekret über den Rücktritt der Regierung unterzeichnet. Smailow wurde am 11. Januar zum Premierminister ernannt.

Unruhen in Kasachstan

Die Massenproteste in Kasachstan hatten in den ersten Januartagen begonnen. Als Auslöser gilt der starke Anstieg von Treibstoffpreisen. Die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der noch friedlichen Demonstranten wurden von der Regierung in den ersten Tagen der Demonstrationen erfüllt, trotzdem eskalierten die Proteste und mündeten in schwere Unruhen.

Am 4. und 5. Januar kam es in der ehemaligen Hauptstadt Almaty zu Zusammenstößen zwischen den Protestierenden und Sicherheitskräften. Massive Plünderungen wurden verzeichnet. Die beiden Seiten meldeten Tote und Verletzte.

Landesweit wurde das Internet abgeschaltet, eine Reihe von Fernsehsendern stellte vorübergehend ihre Ausstrahlungen ein. Landesweit wurde der Ausnahmezustand verhängt, der bis zum 19. Januar gelten soll.

Tokajew bat die von Russland geführte Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) um Hilfe bei der „Überwindung der terroristischen Bedrohung“. Als Reaktion wurde die Entsendung einer kollektiven Friedenstruppe nach Kasachstan beschlossen.

Die Behörden sprachen von einem Angriff lokaler sowie ausländischer „Banditen und Terroristen“, der hunderte Zivilisten und Sicherheitskräfte gefährde, zu Todesopfern geführt und Verwaltungsgebäude sowie persönliches Eigentum der Bürger beschädigt habe.

Inzwischen wurden fast 10.000 Menschen in Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen.

Am Dienstag erklärte Tokajew, dass der Abzug der OVKS-Friedenstruppen aus Kasachstan am Donnerstag, dem 13. Januar, beginnen werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0c/4977625_0:0:1035:583_1920x0_80_0_0_a60228601092e86cf22529c275dc6884.jpg

de.rt.com: Medien: USA liefern der Ukraine Radarsystem und Schiffsausrüstung im Wert von 200 Millionen US-Dollar

Die Zeitung Politico berichtet, die USA würden der Ukraine im Rahmen ihrer Unterstützung für das Land Radarsysteme und maritime Ausrüstung liefern. Zuvor meldete CNN, dass Washington für diesen Zweck heimlich 200 Millionen US-Dollar bereitgestellt hatte.

Im Rahmen einer 200 Millionen US-Dollar schweren Militärhilfe werden die USA unter

anderem ein Radarsystem und Marineausrüstung an die Ukraine liefern. Dies hat die Zeitung Politico berichtet. Das Blatt zitierte einen namentlich nicht genannten Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sowie eine weitere mit der Situation vertraute Quelle. In dem Fall geht es um zusätzliche Hilfen für die Ukraine, die die Regierung unter US-Präsident Joe Biden laut CNN im Dezember vergangenen Jahres heimlich genehmigt hat. Wann genau die Lieferungen beginnen werden, wurde nicht angegeben. Nach Angaben des Beraters von Selenskij wurde die ukrainische Seite im Dezember auf höchster Ebene darüber informiert. Dem Politico-Gesprächspartner zufolge würde die Ukraine angesichts der Tatsache, dass die US-Geheimdienste eine umfassende Invasion Russlands unter Einsatz ihrer gesamten militärischen Macht für möglich halten, durch die Unterstützung in die Lage versetzt, Russland zusätzlichen Schaden zuzufügen, den Verlauf der Ereignisse jedoch nicht wesentlich zu ändern.

Nach Angaben von Politico wurden die 200 Millionen US-Dollar (rund 176 Millionen Euro) im Rahmen von Bidens Dekret, einem "gefährdeten" Land zu helfen, genehmigt. Der Mechanismus sieht vor, dass die Verwaltung des US-Präsidenten den US-Kongress informieren muss. Mehrere von der Zeitung befragte Kongressabgeordnete sagten jedoch, sie hätten erst kürzlich bei einer privaten Unterrichtung davon erfahren.

Wie CNN berichtet, sieht das neue Hilfspaket für Kiew die Lieferung eines Großteils der Verteidigungsausrüstung vor, die die USA bereits in der Vergangenheit geliefert haben, darunter Kleinwaffen und Munition, Funkgeräte und medizinische Ausrüstung. Nach Angaben des Fernsehsenders war die Hilfe bereits Wochen vor den am 9. und 10. Januar zwischen Russland und den USA geführten Gesprächen über Sicherheitsgarantien genehmigt worden. Im Dezember berichteten NBC-Quellen, dass die Vereinigten Staaten ein Militärhilfepaket in Höhe von 200 Millionen US-Dollar für die Ukraine vorbereitet hatten, dessen Auslieferung jedoch ausgesetzt wurde, um eine Gelegenheit für eine diplomatische Lösung in der Situation um die Ukraine zu schaffen. Der genaue Umfang des Pakets wurde nicht genannt, aber die Gesprächspartner sagten in dem Interview mit dem Fernsehsender, die Ukraine habe die USA um Javelin-Systeme, Luftabwehrsysteme und weitere Ausrüstung sowie um medizinische Hilfsgüter gebeten.

Im vergangenen Herbst begannen mehrere westliche Medien, darunter The Washington Post und AP, über eine angebliche Aufstockung russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und eine bevorstehende "Invasion" zu berichten. Der Kreml dementierte diese Behauptungen und betonte wiederholt, dass Russland keine aggressiven Pläne gegen andere Länder habe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61de7ec548fbef15ae4462be.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Litauen zahlt nach Gerichtsurteil Schmerzensgeld an CIA-Häftling**

Litauen hat nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) eine Entschädigung an einen Häftling gezahlt, der als Terrorverdächtiger in einem geheimen CIA-Gefängnis in dem baltischen EU-Land festgehalten worden war.

Das Straßburger Gericht hatte Litauen 2018 zur Zahlung von 130.000 Euro an den staatenlosen Palästinenser Abu Subaida verurteilt, der bis heute im umstrittenen US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba interniert ist.

Das Geld sei auf Bankkonten überwiesen worden, die vom Kläger und dessen Anwalt genannt worden seien, teilte das Justizministerium in Vilnius der Agentur BNS mit. Über den von der Gegenseite bestätigten Zahlungseingang sei auch der zuständige Ausschuss des Europarats informiert worden, der die Urteilsvollstreckung überwacht. Zugriff auf diese Entschädigungszahlung hat Abu Subaida allerdings nicht, da er sich weiter in Haft befindet und seine Vermögenswerte in den USA eingefroren sind.

USA betrieben Foltergefängnis in Litauen

Der EGMR hatte Litauen wegen Menschenrechtsverletzungen in dem Gefängnis des US-Auslandsgeheimdienstes auf seinem Staatsgebiet zu der Geldstrafe verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass in dem baltischen EU-Land von Februar 2005 bis März 2006 ein CIA-Gefängnis existiert habe. Litauen bestreitet dies. Das fragliche Gebäude nahe der Hauptstadt Vilnius soll inzwischen zum Verkauf stehen und in naher Zukunft versteigert. Das geheime Gefängnis war eines der sogenannten „Black Sites“, CIA-Geheimgefängnisse unter anderem in Afghanistan, Litauen, Polen und Thailand, in die Beschuldigte von den USA mit Flugzeugen verschleppt wurden, um sie einem geheimen Folterprogramm, das die CIA beschönigend als „verbesserte Verhörtechniken“ bezeichnete, zu unterziehen, das vom US-Gesetz nicht gedeckt war und deshalb nicht auf US-Boden praktiziert werden konnte.

Seit mehr als 20 Jahren ohne Anklage in Guantánamo

Abu Subaida sitzt bis heute seit inzwischen mehr als 20 Jahren ohne Anklage und Verurteilung in dem berüchtigten US-Gefangenenlager Guantánamo. Die ersten Gefangenen waren am 11. Januar 2002 in das Camp im US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba gebracht worden. Aktuell sind dort noch 39 Gefangene inhaftiert. Insgesamt waren fast 800 Menschen zeitweise in dem Lager auf Kuba eingesperrt. Es war nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 unter dem republikanischen Präsidenten George W. Bush errichtet worden, um mutmaßliche islamistische Terroristen ohne Prozess festzuhalten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0c/4980073_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_8b9d9a09dc5a47121ee852000c837022.jpg

de.rt.com: **Nordkorea gibt Fortschritte bei Entwicklung von Hyperschall-Rakete bekannt**

Nordkorea hat von einem erfolgreichen Test einer Hyperschall-Rakete berichtet. Das Projektil soll eine Strecke von ungefähr 1.000 Kilometern zurückgelegt und sein Ziel getroffen haben.

Dies war bereits der zweite Raketenstart in Nordkorea innerhalb einer Woche. Die Regierung in Pjöngjang hat nach eigenen Angaben weitere Fortschritte bei der Entwicklung von potenziell atomwaffenfähigen Hyperschall-Raketen erzielt. Wie die Zentrale Koreanische Nachrichtenagentur (KCNA) am Mittwoch mitteilte, habe Staatschef Kim Jong-un am Dienstag den Test einer Hyperschall-Rakete durch die Akademie für Verteidigungswissenschaft verfolgt und dabei den großen Erfolg bei der Entwicklung solcher Waffen gewürdigt. Das Ziel des Startes sei es gewesen, die allgemeinen technischen Eigenschaften der in Entwicklung befindlichen Waffe zu überprüfen.

"Die überlegene Manövrierfähigkeit des Hyperschall-Gleitflugkörpers wurde durch den letzten Teststart augenfällig nachgewiesen."

Die Entwicklung solcher Waffen sei eine der "fünf Kernaufgaben" des im Jahr 2021 festgelegten Fünfjahresplans zum Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten, hieß es in der Mitteilung.

Südkorea und Japan hatten am Dienstag vom Test einer Rakete durch Nordkorea gesprochen. Das Verteidigungsministerium in Seoul teilte mit, die mutmaßliche ballistische Rakete habe eine Höhe von 60 Kilometern erreicht und sei mit einer Höchstgeschwindigkeit von zehn Mach über 700 Kilometer geflogen. Das südkoreanische Militär sprach dabei von möglichen technischen Verbesserungen im Vergleich zum vorigen Raketentest in der vergangenen Woche. Japan teilte seinerseits mit, dass der Flugkörper ins Meer außerhalb seiner ausschließlichen Wirtschaftszone gestürzt sei. Berichte über mögliche Schäden lagen nicht vor. Es war das dritte Mal seit September und das zweite Mal innerhalb einer Woche, dass Nordkorea eigenen Angaben zufolge eine Hyperschall-Rakete testete.

Hyperschall-Waffen sind besonders schwer abzufangen, da sie mehr als die fünffache Schallgeschwindigkeit erreichen und manövrierfähig sind. Sogenannte Hyperschall-Gleiter können dabei von ballistischen Raketen aus starten. UN-Resolutionen verbieten Nordkorea die Erprobung ballistischer Raketen, die je nach Bauart auch einen Atomsprengkopf tragen können.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2022.01/article/61deb51ab480cc3c624951ba.jpg>

snanews.de: **Peskow zu Nato-Treffen: Werden nicht auf Niveau von USA sinken – Russland verhandelt diplomatisch**

Am heutigen Mittwoch fand die erste Sitzung des Nato-Russland-Rats seit gut zwei Jahren in Brüssel statt. Auf der Tagesordnung standen die von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien und der Ukraine-Konflikt. Der Kremlsprecher, Dmitri Peskow, wollte vorerst keine Prognosen geben – garantierte jedoch eine respektvolle Haltung seitens Russlands.

Die Russische Föderation wurde durch eine abteilungsübergreifende Delegation des Außen- und des Verteidigungsministeriums unter der Leitung des stellvertretenden Außenministers

der Russischen Föderation Alexander Gruschko repräsentiert.

Aufseiten der Nato nahmen hochrangige Diplomaten aus dreißig verbündeten Ländern an dem Treffen teil. Den Vorsitz übernahm der Generalsekretär des Bündnisses, Jens Stoltenberg. Die Verhandlungen begannen um 10.00 Uhr Ortszeit und dauerten länger als zuvor geplant – mehr als vier Stunden.

Im Vorfeld der Konsultationen äußerte sich der Sprecher des russischen Präsidenten zu den von Russland erwarteten Ergebnissen wie folgt:

„Lassen Sie uns den Abschluss dieser Verhandlungen, die nächste Runde der OSZE abwarten. Wir möchten niemanden, anders als amerikanische Beamte zurzeit, mit Drohungen und Ultimaten überziehen, einen angeblichen hohen Preis vorhersagen, wir möchten uns nicht daran angleichen.“

Russland, so Peskow weiter, führe diplomatisch Verhandlungen und stehe diesem Dialog aufgeschlossen gegenüber. „Unsere Diplomaten haben trotz der schwierigen Situation ihre diplomatischen Traditionen bewahrt“, betonte der Kremlsprecher.

„Und dennoch bevorzugen wir, zuerst zu verhandeln und erst dann Einschätzungen und Prognosen abzugeben“, sagte Peskow gegenüber Reportern.

Gerade die Fortsetzung der Nato-Politik „der offenen Tür“ und das weitere Heranrücken der Nato an russische Grenzen seien genau das, was Russland bedrohe, fügte der Kremlsprecher hinzu. „Und das ist genau das, für die Nicht-Fortsetzung dessen wir gesetzlich formulierte und verbindliche Garantien fordern.“

Russland gegen Konfrontation

Zuvor haben Nato-Diplomaten erklärt, es wäre bereits ein Erfolg des Treffens am Mittwoch, wenn sich Russland zu weiteren Gesprächen bereit erklären würde. In Bezug auf Manöver und Rüstungskontrolle sei das Bündnis bereit zu Zugeständnissen.

Die Forderung Russlands, die Nato-Aktivitäten an den Ostgrenzen herunterzufahren oder von einer Osterweiterung durch neue Bündnispartner abzusehen, seien allerdings nicht akzeptabel, hieß es weiter. Die US-Botschafterin bei der Nato, Julianne Smith, betonte:

„Klar ist: Russland hat mit seinen Aktivitäten diese Krise ausgelöst.“

Die USA seien aber bereit, die Situation mit diplomatischen Mitteln zu deeskalieren. Dazu gehöre auch, dass Russland seine Truppen von der ukrainischen Grenze abziehe. Gruschko, ehemals russischer Botschafter bei der Nato, hat betont: Sein Land wolle eine Konfrontation vermeiden.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien

Russland und die USA haben am Sonntag und Montag in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen durchgeführt. Die heutige Tagung des Nato-Russland-Rats ist die erste seit Juli 2019. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE in Wien angesetzt.

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bleiben mit Blick auf die Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen.

Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und Russland grundlos „dämonisiert“ werde – das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen.

Mitte Dezember hatte das russische Außenministerium die Entwürfe eines Vertrags mit den USA und eines Abkommens mit der Nato veröffentlicht. Die Dokumente sind Washington und seinen Verbündeten übergeben worden. Darin schlägt Moskau der Nato vor, Garantien zu geben, die ein weiteres Vordringen des Bündnisses nach Osten – insbesondere auf das ukrainische Territorium – ausschließen würden.

Die „Sicherheitsgarantien“ sollen nach dem Wunsch Moskaus in einem Abkommen mit der Nato und in einem Vertrag mit den USA festgehalten werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1a/4817875_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_d2d248b61c76cc915ae066668336e6ee.jpg

de.rt.com: **Politikexperte: OVKS-Friedenstruppen verhinderten Farbrevolution in Kasachstan**

Nach Ansicht des russischen Politikexperten Pawel Feldman haben die Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit eine Farbrevolution in Kasachstan verhindert. Das Bündnis habe sich demnach effektiver als die NATO erwiesen.

Der Einsatz der Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) hat eine Farbrevolution in Kasachstan verhindert, erklärte der russische Politikwissenschaftler Pawel Feldman im weißrussischen Fernsehen.

Dem Experten zufolge könnten hinter dem Putschversuch in Kasachstan die USA, die NATO oder die Türkei gestanden haben. Außerdem schloss Feldman die Möglichkeit eines Einflusses der radikalen Islamisten nicht aus und erklärte, diese Mächte hätten "unter einem stillschweigenden Einverständnis der westlichen Staaten" handeln oder sogar ihre Aktivitäten "mit Washington koordinieren" können. Eine Katastrophe sei aber dank der OVKS-Friedenstruppen verhindert worden. Feldman wörtlich:

"Es stellt sich also heraus, dass die Streitkräfte der OVKS heute bewiesen haben, wie relevant und notwendig diese Organisation ist und dass zum ersten Mal in der Weltgeschichte dank der Kooperation der Länder, die dieses Bündnis bilden, eine Farbrevolution verhindert werden konnte."

Demnach kam der Politikwissenschaftler zum Schluss, dass die OVKS ihre hohe Effektivität im Gegensatz zur NATO bewiesen habe:

"Man muss sowohl Siege als auch Niederlagen akzeptieren können. Offenbar ist das, was in Kasachstan geschehen ist, ein Sieg des postsowjetischen Raums, ein Sieg Russlands, Weißrusslands und der legitimen Regierung von Kasachstan über den kollektiven Westen."

Zu Jahresbeginn waren in Kasachstan wegen erheblicher Preisanstiege bei Flüssiggas, das im Land weitgehend als Treibstoff verwendet wird, massive Proteste ausgebrochen. In einigen Städten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Präsident löste als Reaktion darauf die Regierung auf und führte für 180 Tage eine staatliche Lenkung der Preise für Benzin, Diesel und Flüssiggas ein. Trotzdem gelang es den kasachischen Sicherheitskräften nicht, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Am 5. Januar bat Präsident Toqajew die OVKS um die Entsendung kollektiver Friedenstruppen nach Kasachstan. Diese sollen für eine begrenzte Zeitperiode zur Stabilisierung der Lage im Land eingesetzt werden. Der kasachische Präsident will in Kürze einen Reformplan für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger vorlegen, um den Forderungen der Protestierenden entgegenzukommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61deb6b948fbef147c2146ce.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 12.01.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **sieben Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Majorsk und Schumy aus die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Isotow-Bergwerks** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und zehn Granaten auf diese abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 53. Brigade von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus **Nowolaspa** mit automatischen Granatwerfern beschossen und neuen Granaten abgefeuert.

Besitzer des 21. Panzergrenadierbataillons der 56. Panzergrenadierbrigade haben von den Positionen im Gebiet von Peski das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern auf **Wesjoloje** eröffnet und zwei Granaten abgefeuert.

Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 54. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern auf **Alexandrowka** eröffnet und fünf Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus ein Wohngebiet von **Kominternowo** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen und drei Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Nowaja Tawrija** mit Granatwerfern beschossen und drei Granaten auf die Ortschaft abgefeuert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen acht Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU** in drei Ortschaften auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Abwehrraketekomplex 9K33 „Osa“ und ein 23mm-Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Osarjanowka;

ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen sowie zwei 23mm-Abwehrgeschützen SU-23 in der Nähe von Leninskoje.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 30. Brigade durch Beobachter der

Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Krasnyj Pacharj und Luganskoje zu blockieren.

Die ukrainischen Kämpfer verminen weiter Örtlichkeiten in der Nähe der Kontaktlinie und Passierpunkte und gefährden so Leben und Gesundheit der Einwohner des Donbass. So hat eine Drohne der OSZE-Mission festgestellt, dass Kämpfer der 53. Brigade zehn Antipanzermijnen entlang einer allgemeinen Straße, die Bogdanowka und Wiktorowka verbindet, installiert haben.

Außerdem wurde auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln „Petrowskoje“ der Aufenthalt eines Kämpfers der 53. mechanisierten Brigade bemerkt.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 5 vom 11.01.2022 bestätigt. Wir stellen eine Zunahme der Zahl von Scharfschützenpaaren aus dem 131.

Aufklärungsbataillon und dem Spezialzentrum „West“ in der 95. Luftsturmbrigade im Gebiet von Dsershinsk fest.

Außerdem ist nach unseren Informationen im 2. Bataillons für heute die Arbeit des Brigadekommandeurs Wesser geplant. Der Brigadekommandeur besucht persönlich die Frontpositionen, um provokative Handlungen unter Einbeziehung von Aufklärungseinheiten und Spezialkräften zu planen.

Außerdem hat der Kommandeur der 53. Brigade Titenko, um die teure Ausrüstung, die aus der internationalen technischen Hilfe aus den USA stammt, zu schützen, entschieden, keine Nachtsichtgeräte „Archer“ in die Einheiten auszugeben und sie im Raketenartilleriewaffenlager des Verbandes aufzubewahren.

Um vor der OSZE Fälle von Stationierung von Militärtechnik in Wohngebieten von Ortschaften zu verheimlichen, behindern Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte die Arbeit der Beobachtermission und beschießen Drohnen der internationalen Beobachter und blockieren sie durch Funk.

So haben Kämpfer des 21. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade am 11. Januar im Gebiet von Peski in Zusammenarbeit mit dem 305. Bataillon für elektronische Kriegsführung die Leitungskanäle abgefangen und eine Drohne der Mission, die einen Fall von Stationierung von Personal einer Mörsermannschaft im Hof eines Wohnhauses in der Uliza Tschistjakowa erfasst hatte, zum Landen gezwungen. Der Brigadekommandeur Sirtschenko befahl dem Kommandeur des 21. Bataillons Major Makucha alle Spuren des Verbrechens zu verwischen, indem er die zum Landen gezwungene Drohne vernichtete.

snanews.de: Sacharowa antwortet „russischer Staatsbürgerin“ Victoria Nuland auf deren Vorwürfe

Russlands Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa hat der US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland nach ihrer jüngsten Äußerung, wo Russland lieber sein Geld anlegen sollte, empfohlen, sich lieber über ihr eigenes Land zu kümmern, das genug Probleme habe. Nuland sagte auf einer Pressekonferenz am Dienstag (Ortszeit), sie wünschte sich an Stelle einer russischen Staatsbürgerin „Investitionen in das Bildungssystem, Medizin und Straßenbau“, anstatt Geld in eine geschaffene Krise zu spritzen und „das eigene Militär in den Schnee zu schicken“.

Sacharowa empfahl Nuland, US-Staatsbürgerin zu bleiben und sich um dieselben Angelegenheiten in ihrem eigenen Land zu kümmern. „Über die Qualität der amerikanischen Bildung sprechen die absurden und fehlerbeladenen Aussagen der Vertreter des Weißen Hauses. Das US-Gesundheitssystem hat während der Pandemie sowohl der Bevölkerung des Landes als auch der ganzen Welt sein Niveau deutlich gezeigt“, schrieb Sacharowa auf Telegram.

Was die Straßen anbetreffe, so hätte man am besten mit New York anfangen sollen, „solche Schlaglöcher wie in Manhattan gibt es vielleicht in keiner anderen Großstadt der Welt“, fügte Sacharowa hinzu.

Die notwendigen Gelder für die Lösung dieser Probleme könnten die USA finden, wenn sie „zum Beispiel die amerikanischen Stützpunkte in Europa reduzieren, die Russland sowohl in ‚kalten Wintern‘ als auch in ‚heißen Sommern‘ in einem engen Ring umgeben“. Eine weitere Variante wäre, wenn die USA die Zuteilung von Milliarden für Farbrevolutionen rund um den Globus und für den Unterhalt von Betrügern wie Guaido oder Tichanowskaja einstellten, hieß es.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/15/4047266_0:175:3018:1873_1920x0_80_0_0_127efa6bd24018f41ce9fbaf4691bc92.jpg

de.rt.com: **Einen Monat nach Bruch mit Taiwan: Nicaragua unterzeichnet Abkommen mit China**

Nicaragua und China haben mehrere wichtige Abkommen unterzeichnet. Der Schritt erfolgte zu Beginn der fünften Amtszeit von Präsident Daniel Ortega und rund einen Monat, nachdem das zentralamerikanische Land seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan beendet hatte.

Am 10. Januar haben Nicaragua und China mehrere Abkommen geschlossen. Die beiden Länder unterzeichneten ein Memorandum über politische Konsultationen, ein Kooperationsabkommen im Handelsbereich und ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Projekt der Neuen Seidenstraße. Außerdem einigten sich Managua und Peking auf die Abschaffung der Visumpflicht für Diplomaten und offizielle Vertreter.

Der Unterzeichnung der Dokumente wohnten Nicaraguas Präsident Daniel Ortega mit seiner Frau sowie Vizepräsidentin Rosario Murillo und der Vizepräsident des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China Cao Jianming bei. Der Sondergesandte des chinesischen Präsidenten hob dabei die Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen hervor und sagte zu Ortega:

"Präsident Xi Jinping misst der Entwicklung der chinesisch-nicaraguanischen Beziehungen große Bedeutung bei, schätzt Ihre politische Entscheidung hoch, die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufgrund des Ein-China-Prinzips wiederaufzunehmen und gratuliert Ihnen zur Wiederwahl zum Präsidenten der Republik Nicaragua."

Jianming unterstrich dabei die Unterstützung, die Ortega bei der Präsidentenwahl im November 2021 erhalten hatte. Dem chinesischen Spitzenbeamten zufolge sei sie auf den Kampf der regierenden Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) gegen Armut zurückzuführen.

Ortega pries seinerseits den historischen Kampf der beiden Nationen gegen westliche Aggressionen. Dabei verurteilte er die Sanktionen, welche die USA und die EU gegen sein

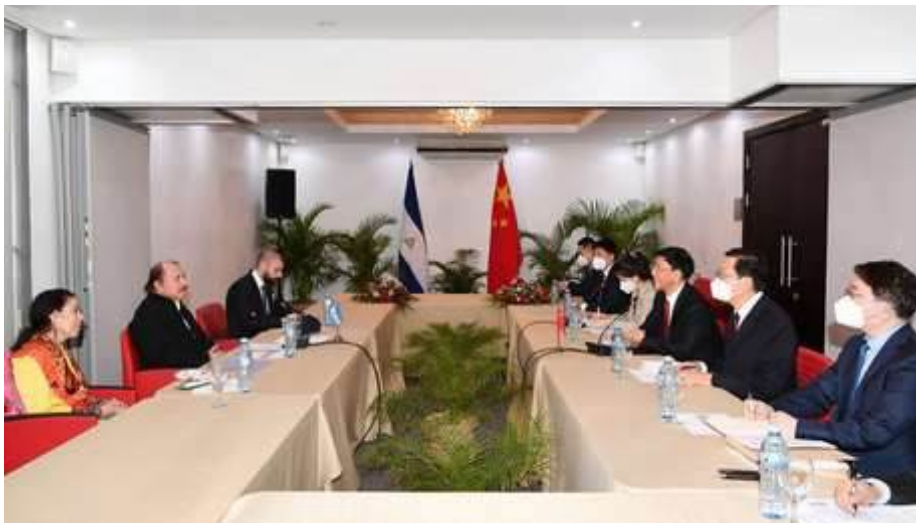
Land verhängt hatten, als Verletzung der Menschenrechte.

"Wir werden unseren Kampf für den Frieden und gegen die Hegemonie fortsetzen, den Kampf gegen Aggressionen, die man Sanktionen nennt und die nichts anderes als Aggressionen gegen die Menschenrechte sind."

Am selben Tag wurde der 76-Jährige nach seiner vierten Wiederwahl in Folge für eine fünfte Amtszeit vereidigt. Die Vereidigung fand auf dem Platz der Revolution in Managua statt. Der Zeremonie wohnten neben der chinesischen Delegation auch der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro, sein kubanischer Kollege Miguel Díaz-Canel sowie offizielle Vertreter aus Argentinien, Bolivien, Mexiko und Russland bei.

Vor der Vereidigung hatten die EU und die USA weitere Sanktionen gegen Unterstützer von Ortega angekündigt. Die Präsidentenwahl im November hatte im Westen für viel Kritik gesorgt, weil mehrere Anwärter für das Präsidentenamt vor der Abstimmung verhaftet worden waren.

Am 10. Dezember 2021 hatte Nicaragua seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan beendet und sich zur Ein-China-Doktrin der Regierung in Peking bekannt. Der chinesische Außenamtssprecher Wang Wenbin betonte damals, es sei "eine politische Entscheidung, kein Handelsgeschäft". Dieser Schritt eröffne aber "große Aussichten" für eine Kooperation. Nicaragua nannte keinen Grund für seine Entscheidung. Nach dem diplomatischen Bruch mit Taipeh beschloss Managua, die Räumlichkeiten der bisherigen Botschaft an Peking zu übergeben. Taiwans Regierung protestierte gegen die "unrechtmäßige Besetzung ihres Eigentums" und verurteilte aufs Schärfste, dass Nicaragua verlangte, das Botschaftspersonal innerhalb von nur zwei Wochen abzuziehen.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2022.01/article/61dea20cb480cc3d3e76b81a.jpg>

de.rttom.de: **Kreml: Russland führt Gespräche mit USA und NATO nicht "aus der Position der Stärke"**

Am Mittwoch kommen die Vertreter der NATO und Russlands zu Verhandlungen zur Lösung der Spannungen um die Ukraine-Krise und Moskaus Vorschlägen über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa zusammen. Der Kreml betont, es gebe keinen Platz für Ultimaten.

Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat am Mittwoch die Verhandlungen Russlands mit den USA und der NATO bezüglich der Ukraine-Krise und den Forderungen Moskaus nach der Unterzeichnung von rechtsverbindlichen gegenseitigen Sicherheitsgarantien kommentiert. Er betonte, Russland stelle keine Ultimaten:

"Wir führen die Gespräche nicht aus der Position der Stärke. Der Präsident hat bereits erklärt, dass es keinen Platz für irgendwelche Ultimaten gibt und geben kann."

Peskow zufolge hatte sich die Lage kritisch zugespitzt. Russland könne es sich nicht leisten,

weiter mit der Lösung der Probleme zu zögern:

"Man kann leider nicht weiter damit zögern und muss auf die Bedenken, die wir dargelegt haben, eine Antwort geben."

In Bezug auf Prognosen zum Ergebnis der Verhandlungen zeigte sich der Sprecher zurückhaltend:

"Warten wir lieber auf den Abschluss dieser Verhandlungen und auf die nächste Runde mit der OSZE. Wir möchten nicht wie US-Beamte jetzt Drohungen und Ultimaten aussprechen und einen hohen Preis vorhersagen. Wir möchten uns nicht so benehmen."

Seit Monaten werfen Kiew und die westlichen Staaten Russland die Verlegung seiner Truppen an die Grenze zur Ukraine vor und bezichtigen Moskau der Pläne, sich auf eine Invasion in den Nachbarstaat vorzubereiten. Russland erwidert, es gehe um die Bewegungen der Truppen auf dem eigenen Territorium. Dies richte sich gegen keinen anderen Staat. In diesem Zusammenhang erklärte Peskow gegenüber Journalisten, Russland wolle durch Militärübungen die Verhandlungen nicht manipulieren. Die Verlegung der Truppen habe nichts mit den Gesprächen mit der NATO zu tun:

"Wir sprechen immer noch über unsere Einheiten und unsere Militärbezirke auf dem Territorium unseres Landes. Wir setzen den militärischen Aufbau und die militärische Ausbildung fort und werden das auch in der Zukunft fortsetzen – dies ist nämlich eine allgemeine Praxis in allen Streitkräften."

Ende des Jahres 2021 war Russland angesichts einer angespannten Lage um die Ukraine-Krise und der Bedenken um die eigene Sicherheit wegen der NATO-Aktivitäten im Schwarzen Meer mit Vorschlägen über rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien an die Allianz herangetreten. Unter anderem fordert Russland weniger großangelegte Militärübungen in Europa, eine Rüstungskontrolle sowie das Verbot einer Stationierung von NATO-Waffen auf dem Territorium der Ukraine.

Bei den Verhandlungen auf Diplomatenebene zwischen Washington und Moskau in Genf am Montag soll die US-Seite bereits erklärt haben, dass einige russische Vorschläge für die USA nicht infrage kämen. Am Mittwoch findet eine Sitzung des NATO-Russland-Rates statt, bei der die russische Seite die Sicherheitsfragen wieder auf den Verhandlungstisch bringt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61deda32b480cc72de228ac7.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Leutnant A.A. Mikushis am 12.1.22

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt. In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Kalinowka** mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen in der Nähe von Nowoswanowka aus **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen, außerdem von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 das Gebiet von **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 53. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk **Golubowskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 57. Brigade in **Richtung Slawjanoserbsk** von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Donezkij** mit automatischen Granatwerfern beschossen und zehn Granaten abgefeuert. Außerdem haben Kämpfer der 24. Brigade in **Richtung Popasnaja** von den Positionen in der Nähe von Katerinowka aus **Molodjoshnoe** mit Granatwerfern beschossen. ...

snanews.de: **Gegen Russland und Putin persönlich: US-Demokraten entwerfen neue Sanktionen**

Abgeordnete der Demokratischen Partei wollen am heutigen Mittwoch weitere gegen Russland gerichtete Maßnahmen im US-Senat vorstellen. Medienberichten zufolge beinhaltet der Vorstoß auch Sanktionen gegen den russischen Präsidenten, Wladimir Putin.

Laut der Zeitung „The Washington Post“ wollen die demokratischen Senatoren ihr Sanktionspaket für den Fall veröffentlichen, „dass Wladimir Putin in die Ukraine einmarschiert“. Nach Zeitungsinformationen sind die Maßnahmen gegen ranghohe russische Militärs und Führungspolitiker gerichtet – auch gegen Präsident Putin. Das Weiße Haus unterstützt den Vorstoß der Demokraten.

Zudem rufen die Demokraten den Senat dazu auf, „alle verfügbaren und erforderlichen Mittel“ gegen die Inbetriebnahme der Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2 zu prüfen. Darüber hinaus sollen die Sanktionen russische Banken und deren Zugang zum internationalen Zahlungsverkehr treffen können.

Anlass für den Sanktionsvorstoß der Demokraten ist die vom Westen erklärte Eskalation an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine. Ranghohe Nato-Funktionäre und die Führung in Kiew werfen Russland vor, eine Aggression gegen sein Nachbarland vorzubereiten, weil auf russischem Boden Truppenbewegungen stattfänden.

Die Regierung in Moskau erklärt dazu, die russischen Streitkräfte bewegten sich nur innerhalb Russlands, was weder eine Bedrohung noch eine Beunruhigung für die Nachbarländer sein sollte. Es gebe kein Vorhaben, jemanden anzugreifen. Dass im Westen eine „russische Aggression“ verkündet werde, sei nur ein Vorwand für die Stationierung von westlichen Waffen und Truppen an den russischen Grenzen. Das russische Außenministerium bezeichnete die westlichen Aggressionsvorwürfe und die daraus folgende Erklärung, die Ukraine militärisch aufrüsten zu wollen, als ebenso lachhaft wie gefährlich.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/17/4785046_0:0:3289:1850_1920x0_80_0_0_89801c75684596e6f807ecabb036a02f.jpg

snnews.de: **Tokajew: OVKS-Mission in Kasachstan „sehr erfolgreich“**

Der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew hat den Einsatz der Friedenstruppen der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) im Land als sehr erfolgreich bewertet.

„Die OVKS-Mission wird als sehr erfolgreich eingeschätzt. Ich danke meinen Amtskollegen, den Staatschefs, nochmals“, sagte Tokajew am Mittwoch in einer Sitzung des Operativstabs in Almaty.

„Allein die Präsenz des OVKS-Friedenskontingents in Kasachstan, auch in Almaty, spielte eine sehr wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Lage in unserem Land“, betonte der Präsident.

Der Abzug der OVKS-Friedenstruppen aus Kasachstan ist ihm zufolge für Donnerstag, den 13. Januar, geplant.

„Ab Morgen beginnt der organisierte Abzug des OVKS-Friedenskontingents. Ich habe Verhandlungen mit den Spitzenpolitikern der jeweiligen Staaten geführt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei der Kommandoführung des Kontingents für die innerhalb von diesen Tagen geleistete Arbeit bedanken“, so Tokajew. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4906413_0:89:2189:1320_1920x0_80_0_0_1c18b4a2637dc1726f12392d1a27e60e.jpg

snnews.de: **Nato will mit Russland über Beschränkungen für Raketenwaffen in Europa diskutieren – Stoltenberg**

Das erste Treffen von Vertretern der 30 Nato-Staaten und Russlands seit längerer Zeit ist laut dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg schwierig gewesen, der Dialog ist ihm zufolge jedoch notwendig.

Moskau sei grundsätzlich bereit, den Dialog weiterhin zu führen und einen Zeitplan für weitere Treffen auszuloten, sagte der Nato-Chef am Mittwoch nach den rund vierstündigen Gesprächen in der Bündniszentrale.

Russland und die Nato haben laut Stoltenberg vereinbart, eine Reihe von Treffen abzuhalten, um sich auf gegenseitige und überprüfbare Beschränkungen für Raketenwaffen in Europa zu einigen: Gleichzeitig hätten die Mitglieder der Allianz ihr Bekenntnis zu einem Ansatz in den Beziehungen zu Moskau verkündet, der „Dialog und Eindämmung“ vorsehe. Die Verbündeten beabsichtigen, weitere angebliche russische Aggressionen gegen die Ukraine abzuschrecken und gleichzeitig offen für konstruktiven Dialog und Diplomatie zu bleiben.

Die Nato hat sich zudem für die Wiederaufnahme der Arbeit ihrer Vertretung in Moskau sowie

der russischen Vertretung in Brüssel ausgesprochen.

Es gebe gravierende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten, diese seien nicht leicht zu überwinden, aber es sei wichtig, einen Dialog zu beginnen, so Stoltenberg weiter.

„Es ist ein positives Zeichen, dass alle Nato-Verbündeten und Russland am gleichen Tisch saßen und sich substanziellen Themen gewidmet haben“, sagte Stoltenberg.

Zugleich machte er deutlich, dass die Kriegsgefahr aus Sicht der Nato noch lange nicht gebannt ist. „Es besteht ein echtes Risiko für einen neuen bewaffneten Konflikt in Europa“, sagte er mit Blick auf die Lage um die Ukraine.

„Das waren keine einfachen Verhandlungen, aber gerade deshalb war dieses Treffen so wichtig“, betonte Stoltenberg. „Wir hatten eine sehr ernsthafte und direkte Diskussion über das Thema Ukraine“.

Stoltenberg sagte nach dem Treffen auch, die Alliierten hätten die „Politik der offenen Tür“ der Nato bekräftigt. Jeder Staat habe demnach das Recht, selbst über seine Sicherheitsstrukturen zu entscheiden.

Nato will Kiew weiterhin unterstützen

Die Verbündeten seien sich einig, dass Russland kein Veto gegen den Beitritt der Ukraine zur Nato einlegen könne. Sie seien bereit, Kiew zu unterstützen:

„Alle Mitglieder sind sich in dem Grundprinzip einig, dass jeder Staat das Recht hat, seinen eigenen Weg zu wählen ... Die Alliierten sind sich auch einig, dass nur die Ukraine und die 30 Verbündeten (der Allianz – Anm.d.Red.) entscheiden können, wann die Ukraine bereit ist, Mitglied (der Nato – Anm.d.Red.) zu werden, niemand sonst. Russland kann kein Veto gegen den Beitritt der Ukraine zur Nato einlegen“, betonte Stoltenberg.

Am Mittwoch war der Nato-Russland-Rat in Brüssel zu einer Sitzung zusammengetreten. Es war das erste Mal seit Juli 2019, dass beide Seiten in diesem Format Gespräche führten. Für die russische Regierung nahmen unter anderem Vize-Außenminister Alexander Gruschko und der stellvertretende Verteidigungsminister, Alexander Fomin, an dem Treffen im Nato-Hauptquartier teil. Die Nato-Staaten wurden von ihren Botschaftern beim Militärbündnis oder von Vertretern aus den Hauptstädten repräsentiert. Für Deutschland war Staatssekretär Andreas Michaelis dabei, für die USA Vizeaußenministerin Wendy Sherman.

Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für Sicherheitsabkommen mit den USA und mit der Nato vorgelegt. Moskau fordert von den westlichen Partnern unter anderem rechtliche Garantien für den Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten, auf einen Nato-Beitritt der Ukraine und auf den Bau von Militärbasen in ehemaligen Sowjetrepubliken.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/05/3475388_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c28760d3f52422100c26bfc0dda833ce.jpg

snnews.de: **Auf Ex-Präsident Poroschenko wartet bei Eintreffen in Kiew Festnahme**

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko befindet sich derzeit nach eigenen Angaben auf einer diplomatischen Rundreise und will in wenigen Tagen nach Kiew zurückkehren. Dort soll er dem Beschluss eines Bezirksgerichts zufolge festgenommen und einem Richter vorgeführt werden.

Dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten wird unter anderem Hochverrat vorgeworfen. Der Generalstaatsanwalt in Kiew ermittelt und hat früheren Angaben zufolge bei einem Bezirksgericht der ukrainischen Hauptstadt einen Haftbefehl gegen Poroschenko beantragt. Der Strafverteidiger des Ex-Präsidenten erklärte am heutigen Mittwoch vor Journalisten, das Gericht habe diesem Antrag folgend die Festnahme Poroschenkos angeordnet. Der Politiker soll anschließend unter Polizeiaufsicht einer Gerichtsverhandlung zugeführt werden, wo über vorbeugende Maßnahmen gegen ihn entschieden werde.

Ex-Präsident Poroschenko war am 17. Dezember zur einer diplomatischen Rundreise nach Polen und in die Türkei aufgebrochen. Die Rückkehr in die Ukraine ist seinen Angaben zufolge für den 17. Januar geplant. Dies sei auch allgemein bekannt, aber die Staatsanwaltschaft mache ein Geheimnis daraus, sagte Poroschenkos Verteidiger. Er bestätigte, „dass es eine gerichtliche Anordnung gibt, Petro Poroschenko zwecks Überführung ins Gericht festzunehmen, und dass ein Antrag des Generalstaatsanwalts auf vorbeugende Maßregeln gegen Poroschenko existiert“.

„Einschüchterung sein lassen“

Die Partei „Europäische Solidarität“, von Ex-Präsident Poroschenko gegründet und angeführt, teilte am heutigen Mittwoch auf Facebook mit, der Politiker werde wie angekündigt am 17. Januar nach Kiew zurückkehren, fordere aber die ukrainische Regierung und die Justiz dazu auf, alle Einschüchterungsversuche sein zu lassen.

Die Präsidialverwaltung solle kein Geld für illegale Observation im Ausland verschwenden, man werde ohnehin alle über jeden weiteren Schritt informieren. „Auch rate ich den Behörden davon ab, mich mit einer Festnahme direkt am Flughafen einschüchtern zu wollen. Ich komme am 17. Januar um neun Uhr morgens zurück“, so der ehemalige Präsident laut der Mitteilung.

„Politische Verfolgung“

Die Parteikollegen Poroschenkos bezeichnen die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Ex-Präsidenten als politische Repression. Den Vorwurf des Hochverrats erheben die Strafverfolger gegen Poroschenko im Zusammenhang mit Kohlelieferungen aus dem Donbass. Ein weiterer Vorwurf gegen den Ex-Präsidenten lautet auf Terrorunterstützung. Ein Gericht in Kiew hat bereits Vermögenswerte von Poroschenko beschlagnahmen lassen. Die Verteidigung will Revision gegen diesen Beschluss einlegen. Nach Poroschenkos früheren Angaben wurden insgesamt 130 Strafverfahren gegen ihn eingeleitet, circa 40 davon sind eingestellt worden. Allerdings wird gegen den Ex-Präsidenten weiterhin wegen Amtsmissbrauchs bei der Vergabe hoher Posten in der ukrainischen Sicherheit und Justiz, wegen Schmuggels und illegaler Bodengeschäfte ermittelt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/08/18/3350457_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_b67ad5fde2c2ea2e916bc994a39a67e3.jpg

abends:

snnews.de: **SPD-Fraktionschef Mützenich: Kann Russlands Angst vor Nato-Bedrohung nachvollziehen**

Mit Blick auf die Spannungen zwischen der Nato und Russland hat SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich Abrüstungsinitiativen angemahnt.

„Gedanklich kann ich die russische Bedrohungsanalyse nachvollziehen, auch wenn ich sie nicht teile“, sagte Mützenich der "taz" (Donnerstag). Die Militärausgaben der Nato seien „um ein Vielfaches höher als die Russlands“. Allein die USA gäben mehr als das Zehnfache für ihr Verteidigungsbudget aus.

„Zu alledem gibt es einen ungezügelten, unkontrollierten Rüstungswettlauf. Darüber müssen die Nato und Russland sprechen“, forderte Mützenich. „Wir brauchen dringend Abrüstungsinitiativen.“

Langfristig sei zur Lösung des Konflikts „eine europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands“ notwendig, sagte Mützenich, „auch wenn dies derzeit noch illusorisch erscheint“. Er hoffe auf eine „gesamteuropäische Friedensordnung, die als "pluralistische Sicherheitsgemeinschaft" Krieg zwischen ihren Mitgliedern ausschließt und am Ende die Militärbündnisse überwindet.“ Eine Überwindung der Nato sei zwar für die nächsten Jahrzehnte „unrealistisch“, sagte der SPD-Politiker der Zeitung.

„Aber ich finde, wir sollten wenigstens damit anfangen, die alleinige Fixierung auf militärisch-politische Überlegungen zu überwinden.“

Am Mittwoch war der Nato-Russland-Rat in Brüssel zu einer Sitzung zusammengetreten. Es war das erste Mal seit Juli 2019, dass beide Seiten in diesem Format Gespräche führten. Für die russische Regierung nahmen unter anderem Vize-Außenminister Alexander Gruschko und der stellvertretende Verteidigungsminister, Alexander Fomin, an dem Treffen im Nato-Hauptquartier teil. Die Nato-Staaten wurden von ihren Botschaftern beim Militärbündnis oder von Vertretern aus den Hauptstädten repräsentiert. Für Deutschland war Staatssekretär Andreas Michaelis dabei, für die USA Vizeaußenministerin Wendy Sherman.

Bei den Gesprächen ging es vor allem um die aktuelle Situation um die Ukraine und die Forderungen Moskaus nach neuen Sicherheitsgarantien. Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für Sicherheitsabkommen mit den USA und mit der Nato vorgelegt. Moskau fordert von den westlichen Partnern unter anderem rechtliche Garantien für den Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten, auf einen Nato-Beitritt der Ukraine und auf den Bau von Militärbasen in ehemaligen Sowjetrepubliken.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0d/4674714_0:0:3004:1691_1920x0_80_0_0_738f9d530174fcc047e007eb05ccd42d.jpg

de.rt.com: **Wladimir Putin: Sputnik V wahrscheinlich wirksamer gegen Omikron als andere Impfstoffe**

Die vorhandenen Daten deuten darauf hin, dass der russische COVID-19-Impfstoff Sputnik V einen sicheren Schutz gegen die neue Coronavirus-Variante Omikron bietet. Dies sagte Präsident Wladimir Putin bei einer Online-Sitzung mit dem russischen Ministerkabinett am Mittwoch.

Im Laufe der Beratungen mit den Mitgliedern der russischen Regierung, die am Mittwoch im Format einer Videokonferenz stattfanden, äußerte sich Wladimir Putin zur aktuellen epidemiologischen Lage im Zusammenhang mit der Ausbreitung der neuen Coronavirus-Variante Omikron. Dabei schätzte er die Wirksamkeit des russischen COVID-19-Vakzins Sputnik V gegen die besorgniserregende Virusvariante als hoch ein. Putin wird von der Nachrichtenagentur TASS zitiert:

"Offenbar ist Sputnik V ziemlich effektiv. Vielleicht sogar wirksamer als andere Impfstoffe, die in der Welt verwendet werden."

Dass das Virus durch den Impfstoff neutralisiert werde, sei allerdings offensichtlich, so der russische Präsident.

Am 26. November hatte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die im südlichen Afrika entdeckte Coronavirus-Variante B.1.1.529 mit dem griechischen Buchstaben Omikron benannt. Sie wurde inzwischen in mehr als 100 Ländern weltweit nachgewiesen. In Russland wurden nach dem Stand vom Mittwoch insgesamt 698 Omikron-Fälle bestätigt.

Wegen der schnelleren Ausbreitung im Vergleich zu den bisher bekannten Corona-Varianten und der großen Anzahl an Mutationen messen Experten Omikron eine größere potenzielle Bedrohung für Menschen bei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61defcaf48fbef03156afc0e.jpg>